Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Technische Rundschau", „Haus Hof Garten", Witzblatt „ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutschösterreichs, des tschechoslow. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 11,25 Mark ausschließlich Zustellungsgebühr. Ausland ausschließlich Postaufschlag; für Berlin und Vororte monatlich 3,75 Mark, vierteljährlich 11,25 Mark bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7,— Mark, fürs Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 9,— Mark. In Berlin und Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für den Fernverkehr Nr. [illegible]), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 2.— u. 80% Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche M. 2.— die Zeile. Inserat.- u. Abonn.-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalem. Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdam. Str. 22; Zimmerstr. 59; Königstr. 55/57; Rosenthal. Str. 49; Schönh. Al. 144; Moritzplatz; Köpenicker Str. 67/68; Rathenow. Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 131; Frankf. All. 283; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Brunnstr. 1; Müllerstr. 185; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 84; Scharrenstr. 39; Wilmersd. Str. 25/26; Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenb.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 83/84; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Ahrensstr. 180; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 18. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 359 • Ausgabe A Nr. 196
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 359

Dienstag, 5. August 1919
48. Jahrgang

Ein interalliiertes Abkommen über die Besetzungsdauer.

Der gute Wille Deutschlands und die Garantien.

Eine eventuelle frühere Räumung der besetzten Gebiete. — Die Höchstsumme der Unterhaltungskosten.

Berlin, 4. August. (W. T. B.)

Der „Temps" veröffentlicht den Text einer am 16. Juni zwischen Wilson, Clemenceau und Lloyd George getroffenen Abmachung, die wörtlich, wie folgt, lautet: „Die alliierten und assoziierten Mächte haben noch nicht darauf bestanden zu erklären, daß die Besatzungsperiode bis zur vollständigen Erfüllung der Wiedergutmachungsklausel andauere, weil sie glaubten, daß Deutschland verpflichtet werden müßte, alle Beweise seines guten Willens und alle notwendigen Garantien vor der Beendigung der Periode von 15 Jahren zu geben. Da die durch die Besatzung notwendigen Ausgaben eine entsprechende Verminderung der für die Wiedergutmachung zur Verfügung stehenden Summen nach sich ziehen müssen, haben die alliierten und assoziierten Regierungen durch Artikel 431 des Friedensvertrages festgesetzt, daß, wenn bei Beendigung der 15 Jahre Deutschland den Verpflichtungen nachgekommen ist, die ihm der Friedensvertrag auferlegt, die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen werden. **Wenn Deutschland zu einem früheren Termin den Beweis seines guten Willens und die erforderlichen Garantien gegeben hat,** um die Ausführung dieser Verpflichtungen sicher zu stellen, werden die daran interessierten **alliierten und assoziierten Mächte bereit sein, unter sich ein Abkommen zu treffen, um der Besatzungsperiode früher ein Ende zu machen.** Für jetzt und die Zukunft sind die Mächte, um die Lasten für die Wiedergutmachung zu vermindern, bereit, zuzugestehen, daß, sobald sie davon überzeugt werden, die Summe, die Deutschland für die Unterhaltung des Besatzungsheeres auszugeben hat, die Summe von 240 Millionen Goldmark nicht übersteigen wird. Dieses Abkommen kann modifiziert werden, sobald die alliierten und assoziierten Regierungen der Ansicht sind, daß eine derartige Abänderung notwendig ist.

*

Die stilistische Fassung dieser Abmachungen mag durch die Uebersetzung nicht gewonnen haben. Immerhin scheint daraus hervorzugehen, daß die Ententemächte ihre Geneigtheit zeigen wollen, die deutschen Gebiete westlich des Rheins schon vor Ablauf der fünfzehn Jahre zu räumen, falls Deutschland alle Bedingungen des Friedensvertrages pünktlich erfülle. Artikel 429 des Friedensvertrages hatte bestimmt, daß im Falle solcher pünktlichen Erfüllung nach und nach eine Einschränkung der Besetzung erfolgen, und daß dann zunächst, nach fünf Jahren, der Brückenkopf von Köln und die Gebiete nördlich einer angegebenen Linie geräumt werden sollen. Ein weiterer Teil des besetzten Gebietes soll nach zehn Jahren geräumt werden, während man unter anderem für den Brückenkopf von Mainz und den Brückenkopf von Kehl die Besetzung volle fünfzehn Jahre dauern lassen wollte. Jetzt zeigt man uns von Ferne die Möglichkeit, daß die Besatzungstruppen aus dem gesamten Gebiete schon früher zurückgezogen werden könnten. Es ist vorläufig noch eine ferne Möglichkeit. Man bezeichnet 240 Millionen Goldmark als die Höchstsumme, die wir laut Artikel 249, für die Unterhaltung des Besatzungsheeres auszugeben haben werden, wobei bemerkt werden muß, daß wir schon für die Ausgaben dieses Heeres vom 12. November 1918 ab ersatzpflichtig sind. In französischen und englischen Zeitungen wurde das Besatzungsheer zuletzt auf 300 000 Mann veranschlagt, wovon Frankreich 150 000, England und Amerika je 75 000 Mann zu stellen hätten, doch hat man auch andere Ziffern genannt.

Festsetzung der Senats- und Kammerwahlen in Frankreich.

Paris, 4. August. (Havas.)

Dem „Temps" zufolge sollen die Senatswahlen am 14. Dezember stattfinden. Nach einer Erklärung Clemenceaus gegenüber dem Vorsitzenden der Budgetkommission wurden die Kammerwahlen auf den 26. Oktober festgesetzt.

Bern, 4. August. (W. T. B.)

Lyoner Blätter melden aus Paris, die Kammer werde voraussichtlich am 26. August die Erörterungen über die Ratifikation des Friedensvertrages beginnen. Man erwartet bedeutende Reden der Sozialisten. Die Diskussion im Senat dürfte am 12. September abgeschlossen sein, so daß die Ratifikation am 15. September vollzogen sein dürfte.

Bezüglich der Wiederaufnahme der Postverbindung mit Deutschland wird in einer Note an die Pariser Blätter mitgeteilt, daß die von Frankreich nach Deutschland aufgegebenen Korrespondenzen eine beträchtliche Verzögerung erleiden werden, da die Zensur außerordentlich scharf gehandhabt wird. Wert- oder Geldsendungen irgendwelcher Art sind verboten. Dagegen ist völlige Freiheit für Sendungen von Zeitungen und Propagandaschriften gewährleistet. Die Posttarife sind dieselben wie vor dem Kriege.

Versailles, 4. August. (W. T. B.)

Der Generalberichterstatter des Friedensausschusses der französischen Kammer, Barthou, sowie dessen Vorsitzender, Viviani, hatten nachmittags eine Unterredung mit Ministerpräsident Clemenceau, vermutlich wegen der Frage, ob das Plenum der Kammer den Friedensvertrag kommende Woche oder erst nach dem 26. August durchberaten wird. Im ersteren Falle wäre die Ratifizierung des Friedensvertrages durch Frankreich Ende August, im letzteren Falle aber nicht vor dem 15. September zu erwarten.

Der Oberste Rat der Alliierten hielt nachmittags eine Sitzung ab, in der er sich mit der Lage in Ungarn und dem bulgarischen Friedensvertrag beschäftigte. Die Interalliierte Kommission zur Prüfung der bulgarischen Vollmachten tagte vormittags unter dem Vorsitz von Jules Cambon und erklärte die Vollmachten der bulgarischen Friedensdelegation für gültig.

London, 4. August. (W. T. B.)

Der oberste Wirtschaftsrat beriet in einer Sitzung in London über die Schwierigkeiten der gesicherten Versorgung Europas mit hinreichenden Mengen Kohle, Lebensmitteln und Rohmaterialien. Der Rat beschloß im Hinblick auf den äußersten Ernst der Kohlenlage, die verschiedenen Regierungen auf die vitale Notwendigkeit vermehrter Erzeugung und verminderten Verbrauchs aufmerksam zu machen.

Paris, 4. August. (Havas.)

Die bulgarische Delegation hat dem Sekretariat der Friedenskonferenz eine Note überreicht, betreffend Westthrazien, in der an Hand verschiedener geographischer und ethnographischer Erwägungen nachgewiesen wird, daß Thrazien nicht an Griechenland fallen dürfe.

Der Friedensvertrag vor der italienischen Kammer.

Eine Rede Nittis.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Lugano, 4. August.

Die Beratung des der Kammer vorgelegten Friedensvertrages ist durch eine Rede Nittis eingeleitet worden, in der Nitti die für den Ententesieg ausschlaggebende Zertrümmerung des österreichischen Heeres durch Italien hervorhebt und auf die bedeutende Rolle hinweist, die Italien in sämtlichen Kontrollkommissionen, zumal im Gutmachungsausschuß zugewiesen war. Die italienische Kammer möge durch die Ratifizierung schnellmöglichst den Wiederaufbau Italiens ermöglichen.

Wie sich Nitti zu Abgeordneten äußerte, werden die Wahlen im Oktober stattfinden.

J. Bern, 4. August.

Das Nationalvermögen Italiens schätzt der wirtschaftliche Mitarbeiter des „Secolo" nach dem heutigen Geldwert auf 230 Milliarden Lire, den Ertrag der geplanten großen Vermögensabgabe auf 30 Milliarden, die zusammen mit der feindlichen Entschädigung von 20 Milliarden die Gesundung der italienischen Staatsfinanzen möglich erscheinen ließen. Der Mitarbeiter befürchtet aber, daß man bei der Durchführung der Vermögensabgabe auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoße.

Die Kohlennot.

Eine Erwiderung.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben:

Eine Charlottenburger Zeitung bringt die Nachricht, daß bei den Beratungen der interalliierten Wirtschaftskommission in London Sir Auckland Geddes erklärt habe, England sei nicht in der Lage, im kommenden Winter auch nur eine Tonne Kohlen auszuführen. Das Blatt meint, daß sich damit ungeahnte Erfolgsaussichten für die deutsche Kohlenindustrie eröffneten. Wenn wir auch einige der ertragreichsten Kohlengebiete durch den Friedensvertrag verlören, so könnten wir bei großer Anspannung doch daran denken, Kohlen zu hohen Preisen an das Ausland zu liefern und sie so als bestes Zahlungsmittel für zu importierende Rohstoffe benutzen.

Derartigen Ausführungen, die nur völlige Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse zu ermöglichen vermag, kann nicht nachdrücklich genug entgegengetreten wedren. Der ständige Rückgang der Förderung, insonderheit aber die Deutschland durch den Friedensvertrag auferlegten Lieferungsverpflichtungen an Frankreich und Belgien machen schon die Befriedigung des Inlandbedarfes zu einem fast unlösbaren Problem. An eine Ausfuhr von Kohlen in das Ausland ist jedenfalls nicht zu denken. (Siehe auch 1. Beiblatt.)

Parlamentarismus und Parteidisziplin.

Von [Nachdruck verboten.]

Georg Gothein, ehemaligem Reichsminister, Mitglied der Nationalversammlung.

Obgleich die Kritik, die Gothein hier an dem Verhalten der Mehrheitssozialdemokraten übt, berechtigt sein dürfte, erscheint es uns fraglich, ob die Demokraten allein aus diesen Gründen eine Teilnahme an der Regierung ablehnen könnten. Die Entscheidung kann auch nicht unter fraktionellen Gesichtspunkten, für die im Volke kein Verständnis besteht, getroffen werden, und wenn gewissenhafte Prüfung ergäbe, daß im Interesse des Landes die Beteiligung der Demokraten wirklich notwendig sei, so müßten sie unter Beiseiteschiebung aller Verstimmungen in die Regierung eintreten. Aber darin stimmen wir Gothein zu, daß die Demokraten gegenwärtig nicht allzu sehr den Wunsch haben können, an der Regierung teilzunehmen, und daß sie auch nur unter bestimmten Bedingungen in das Kabinett eintreten könnten. Wir würden es beispielsweise als eine Bedingung bezeichnen, daß das Kabinett, in dem heute der Einfluß Erzbergers außerordentlich groß ist, vollständig umgebildet würde.

Die Redaktion.

Der Reichsminister Dr. David hat es dieser Tage als wünschenswert bezeichnet, der Reichsregierung durch Wiedereintreten demokratischer Minister eine breitere und tragfähigere Basis zu gewähren. Als er diese übrigens rein private Aeußerung in einem im „Berliner Tageblatt" veröffentlichten Interview tat, waren irgendwelche Verhandlungen mit der demokratischen Fraktion nicht vorausgegangen; auch bis jetzt haben solche nicht stattgefunden. Die ganze Frage hat daher augenblicklich nur akademischen Wert, zumal ja auch der Minister David seine Aeußerungen ohne jede Fühlungnahme mit dem Kabinett getan hat.

Es mag ohne weiteres zugegeben werden, daß die gegenwärtige Basis der Reichsregierung von Mehrheitssozialisten und Zentrum zu schwach ist. Aber sie würde durch den Zutritt der Demokraten zur Regierungsmehrheit nur dann an innerer Stärke und Tragfähigkeit gewinnen, wenn die drei Parteien das gemeinsame Arbeitsprogramm loyal unterstützen und auf eigene darüber hinausgehende Wünsche und Forderungen verzichten würden. Es genügt eben nicht, ein Kabinett aus mehreren Parteien zu bilden, sondern die Fraktionen müssen auch bereit sein, die Politik dieses Kabinetts restlos zu vertreten.

Das parlamentarische System verlangt nun einmal Parteidisziplin; ohne solche ist es nicht durchzuführen, und an ihr haben es gerade die Mehrheitssozialdemokraten in weitgehendem Maße fehlen lassen. Sie können die Eierschalen der Regierungsfeindlichkeit noch nicht abstreifen, fallen immer in die Rolle der Opposition zurück, nicht nur gegen die anderen Parteien angehörigen Mitglieder des Kabinetts, sondern selbst gegen die aus ihren eigenen Reihen hervorgegangenen.

Es ist ein alltägliches Schauspiel nicht nur im Plenum, sondern mehr noch in den Steuerausschüssen, wie im Wirtschaftlichen Ausschuß, selbst im Verfassungsausschusse, daß die Vorlagen der Regierung von einer Mehrheit der nicht zur Regierung gehörenden Parteien gegen die Sozialdemokraten vertreten werden müssen. Der neue Wirtschaftsminister Schmidt findet bei seinen auf größere Freiheit des Wirtschaftslebens gerichteten Bestrebungen im Volkswirtschaftlichen Ausschuß die entschiedene Gegnerschaft der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen und die Unterstützung aller anderen Parteien. Schlimmer noch ergeht es dem Reichswehrminister Noske, der bei der Vertretung der Abfindungs- und Pensionsgesetze für Offiziere und Unteroffiziere eine geschlossene Gegnerschaft von Sozialdemokraten und Zentrum fand.

Die Tabaksteuer wäre ohne weiteres am Widerspruch der Sozialdemokraten gescheitert, wenn nicht die Vertreter der deutschdemokratischen Fraktion im zuständigen Ausschuß erklärt hätten, daß sie es nicht als ihre Aufgabe ansähen, die Vorlagen der Regierung gegen die das Kabinett stellenden Mehrheitsparteien zu vertreten. Die Sozialdemokraten wollten sich auf den bequemen Standpunkt zurückziehen, wohl alle direkten Steuern zu machen, die indirekten aber abzulehnen, das Odium dafür den sogenannten bürgerlichen Parteien zu überlassen. Die Zuckersteuer ist infolge dieser Taktik der Sozialdemokraten vorläufig abgesetzt worden. An Stelle der Zündwarensteuer haben die beiden Mehrheitsparteien die Vorlage der Regierung abgelehnt und ein Monopol verlangt, obgleich ein solches gerade im jetzigen Augenblick die schwersten Bedenken hat.

Die sozialdemokratische Presse, selbst das führende Parteiorgan, der „Vorwärts", hat kein Bedenken getragen, schwere, auf völlig unrichtigen Informationen beruhende Anklagen gegen demokratische Minister zu erheben, ohne für notwendig zu erachten, sich vorher über den wirklichen Hergang an zuständiger Stelle zu unterrichten.